

ERKLÄRUNG

innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist es den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen, den Bereich ihres eigenen nationalen Sozialversicherungswesens sowie ihre öffentlich-rechtliche Wirtschaftsverwaltung auf nationaler Ebene nationalgesetzlich auszugestalten. Die zwangsläufige Folge davon ist, dass die Ausgestaltung der behördlichen Zuständigkeiten in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich ist

Dies führt u.a. zu einem erhöhten Erklärungsbedarf, wenn es z.B. wie hier, für die ausländische Teilnehmerin einer öffentlichen Ausschreibung darum geht, Ihre eigene behördliche Unbedenklichkeit unterschiedlichster Zielrichtungen in einem anderen Land nachzuweisen, nämlich in Deutschland.

Zur Vermeidung der Diskriminierungsgefahr, dass die ausländische Teilnehmern einer öffentlichen Ausschreibung in einem anderen Mitgliedsstaat nur deshalb ausgeschlossen wird, weil die geforderte behördliche Nachweise des Ziellandes deshalb u.U. nur sinngemäß, erbringen kann, weil die nationale behördliche Zuständigkeitsregelung ihres Sitzlandes abweichend ist von der nationalen behördlichen Zuständigkeitsregelung des Ziellandes, geben wir nachfolgende Erläuterungen in Bezug auf Ungarn:

1. Gewerbeanmeldung

Die ungarische öffentlich-rechtliche Wirtschaftsverwaltung kennt den deutschen Begriff der „Gewerbeanmeldung“ nicht. Dies hat seinen Grund darin, dass die ungarische öffentlich-rechtliche Wirtschaftsverwaltung anders, als die deutsche die historisch aus den traditionellen Gewerbezünten hervorgegangen ist, im Zuge der politischen Wende schon den Grundsätzen der neuzeitlichen Wirtschaftsverwaltung folgte. Nach der ungarischen öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsverwaltung unterstehen somit gewerblich tätige Gesellschaften den jeweils örtlich zuständigen Handels- und Industriekammern, dem sog. Kammerregister. Die sog. Handels- und Industriekammern üben als Anstalten des ungarischen öffentlichen Rechts funktional die gewerbliche Aufsicht über die gewerbetreibenden Firmen aus.

2. Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, des Finanzamts und der Berufsgenossenschaft

Nach der ungarischen gesetzlichen Regelung sind dem Träger der gesetzlichen Sozialversicherung einheitlich sowohl die Aufgaben der gesetzlichen Arbeitsunfallversicherung aller Branchen, als auch der Sozialversicherung aller Branchen zugewiesen. Das ungarische öffentliche Recht kennt mithin nicht den Begriff der einzelnen und selbstständigen sog. "*Berufsgenossenschaften*", die nach Branchen gegliedert und rechtlich selbstständig sind.

Eine weitere Besonderheit weist die ungarische nationale Gesetzgebung insoweit auf, als sie die Einziehung und Verwaltung aller Arbeitgeberbeiträge sowohl zur Sozialversicherung als auch zur gesetzlichen Arbeitsunfallversicherung durch eine nachgeordnete nationale Behörde, durch das sog. *Nationale Steuer- und Zollamt* wahrnimmt, welches zugleich auch für die Erhebung und Verwaltung auch der übrigen steuerlichen Abgaben der Unternehmen mit Sitz in Ungarn zuständig ist

Die Unbedenklichkeitsbescheinigung des *Nationalen Steuer- und Zollamtes* ist somit universeller Art und erstreckt sich somit auch auf den Nachweis, dass ein Unternehmen sowohl keine Steuerrückstände aufweist, als auch die Beiträge zur gesetzlichen Unfall- und Krankenversicherung sowie zur Sozialversicherung entrichtet. Damit entspricht der Nachweis des ungarischen *Nationalen Steuer- und Zollamtes* funktional zugleich u.a. dem Nachweis einer deutschen Berufsgenossenschaft.

Nachweise für Ziffer 1 und 2:

Botschaft von Ungarn Unter den Linden 76 10117 Berlin

Tel : 030 - 203 10 - 0

Fax : 030 - 229 13 14

e-Mail : infober@mfa.govhu

3. ohne ständige deutsche Niederlassung keine generelle Freistellungs-bescheinigung nach § 48b EstG

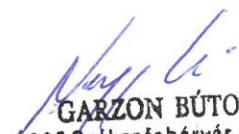
Nach Hinweis des Zentralfinanzamtes Nürnberg, bundesweit zuständig für die innerhalb Deutschlands im Bau- und Baunebengewerbe tätigen ungarischen Unternehmen, an den Unterzeichner, kann an einen Unternehmensträger mit Sitz im ungarischen Ausland, der keine ständige Niederlassung innerhalb der Bundesrepublik betreibt, keine Freistellungsbescheinigung nach § 48b deutsches EstG erteilt werden, weil er in Deutschland somit erstmal gar nicht steuerpflichtig ist. Dies ändert sich erst und nur dann, wenn der ausländische Unternehmer einen gültigen abgeschlossenen Werkvertrag in Deutschland erhält und diesen dem Zentralfinanzamt Nürnberg vorweisen kann. im Falle einer Ausschreibung also frühestens mit Erteilung des Zuschlags.

Nachweis für Ziffer 3:

Zentralfinanzamt Nürnberg

Herr Schienhammer, zust f. Ung. Unternehmen in Deutschland

Tel.: 0911/5393-1287


GARZON BÚTOR ZRT.
8000 Székesfehérvár, Bakony u. 4.
Adószám: 11105020-2-07
Bsz.: 10300002-23400377-00003285